

Politik im Schnelldurchlauf

Schavan in Balzheim – Volkspartei darf nicht aus der Zeit fallen

Annette Schavan (CDU), Bundestagsabgeordnete für Ulm und Alb-Donau, besucht regelmäßig CDU-Ortsverbände, um dort die politische Woche Revue passieren zu lassen. Jetzt war sie Gast in Balzheim.

KURT HÖGERLE

Balzheim. Zu Gast beim CDU-Ortsverein Dietenheim-Balzheim war am Freitag die CDU-Bundestagsabgeordnete Annette Schavan. Prominentestes Thema war einmal mehr Stuttgart 21. Schavan zeigte sich „tief zufrieden“ mit der Entscheidung, den Bahnhof und die Strecke nach Ulm weiterzubauen: „Politik darf in den entscheidenden Momenten nicht zögerlich sein“, begründete sie ihre Haltung, womit sie auch gleich den Nerv ihrer Zuhörer traf. „Es geht nicht nur um die Zukunft des Standortes Stuttgart, es geht um die Verortung des Standorts Baden-Württemberg in der europäischen Verkehrsinfrastruktur des 21. Jahrhunderts.“ Ohne Stuttgart 21 gerate die gesamte Region für Generationen aufs Abstellgleis. Annette Schavan verglich wieder



Annette Schavan in Balzheim. Foto: keh

den Bau des Ulmer Münsters mit dem Neubau des Bahnhofs: Beides seien Aufgaben für mehr als eine einzelne Generation.

Die Referentin verteidigte auch die Energiepolitik der Bundesregierung. Die Energiewende sei das „größte Modernisierungsprojekt unserer Zeit“, versicherte sie. Zwar sei die Photovoltaik überfördert, abschaffen könne und wolle man sie

aber nicht. Schavan sah sich bei diesem Thema teilweise skeptischen Blicken ausgesetzt. Denn die Gräben zwischen EEG-Gegnern und Befürwortern laufen nicht entlang der Parteigrenzen, sondern entlang der Paneele auf den Dächern.

Auf die Kritik der Opposition am Armuts- und Reichtumsbericht, der in der vergangenen Woche kontrovers diskutiert worden war, ging Schavan mit keinem Wort ein. Sie trat indes auf als engagierte Sozialpolitikerin, die sich gegen die Exzesse der Leih- und Zeitarbeit wandte und forderte: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“. Niedriglohnkarrieren mündeten nach einem arbeitsreichen Berufsleben sonst zwangsläufig in die Altersarmut. In diesem Zusammenhang sprach sie von der Notwendigkeit von Lohnuntergrenzen.

Zuletzt zeigte sich die CDU-Frau als Wahlkämpferin. Ohne spezielle Themen zu benennen, sagte sie, dass eine Volkspartei „nie aus der Zeit fallen“ dürfe. Thematisch und programmatisch sei die Partei auf der Höhe der Zeit. Die CDU folge dem Grundsatz, der auch für sie selber gelte: „Erst das Land, dann die Partei, dann der Einzelne“.